

# Einwanderung: Welchen Nutzen hat die einheimische Bevölkerung?

Michele Battisti, Gabriel Felbermayr und Panu Poutvaara

**Deutschland erlebt zurzeit einen gewaltigen Zustrom von Menschen, die sich hier neben Sicherheit an Leib und Leben auch eine wirtschaftliche Perspektive wünschen. Ein großer Teil der Flüchtlinge wird, das zeigen historische Erfahrungen, im Land bleiben. Gleichzeitig wird der Migrationsdruck aus Afrika und dem Nahen Osten aufgrund der demographischen Entwicklung nicht nachlassen. Deutschland sollte aus humanitären Gründen, aber auch aus langfristigem wirtschaftlichem Eigeninteresse, die Einwanderer nicht am Arbeiten hindern. Dafür braucht es passende institutionelle Rahmenbedingungen auf dem Arbeitsmarkt und in den sozialen Sicherungssystemen, damit Einwanderung eine Win-Win-Situation entstehen lassen kann, in der sowohl die Einheimischen als auch die Zuwanderer wirtschaftlich profitieren. Der neu eingeführte Mindestlohn oder eine Anhebung der Hartz-IV-Regelsätze gefährden dieses Ziel.**

Die deutsche Bevölkerung reagiert in humanitären Krisen mit großer Hilfsbereitschaft. Das hat sie immer wieder bewiesen; man denke an den verheerenden Tsunami in Südostasien im Jahr 2004, das Erdbeben in Haiti im Jahr 2010 oder auch die immer wiederkehrenden Hungerkatastrophen in der Sahelzone. Das, was sie derzeit durch die Aufnahme von Flüchtlingen aus anderen Ländern leistet, ist außerordentlich. Gleichzeitig müssen heute die Weichen so gestellt werden, dass die derzeit positive Stimmung nicht kippt, wenn sich herausstellt, dass der Zustrom kein temporäres, sondern ein langfristiges Phänomen ist und ein hoher Anteil der Flüchtlinge langfristig in Deutschland bleiben wird. Dafür müssen vor allem die Chancen verbessert werden, dass für die einheimische Bevölkerung die ökonomischen Vorteile der Einwanderung die Kosten aufwiegen.

## Migrationsdruck bleibt nachhaltig hoch

Nach den Prognosen der Weltbank wird sich die Bevölkerung in den Staaten Afrikas und des Nahen Ostens von heute ca. 1,4 Mrd. Menschen bis 2050 auf 2,8 Mrd. Menschen verdoppeln, während sie in der Europäischen Union bei ca. einer halben Milliarde verharren wird.<sup>1</sup> Diese Zahlen gehen von einer jährlichen Nettoeinwanderung nach Europa im in den letzten Jahren durchschnittlich beobachteten Ausmaß aus. Trotzdem machen sie deutlich, welch gigantisches Migrationspotenzial in der europäischen Nachbarschaft existiert und

durch Schocks – Klimakatastrophen, politische Unruhen, kriegerische Auseinandersetzungen – mobilisiert werden kann (vgl. Klingholz und Sievert 2015). Europa und Deutschland sollten sich auf diese Situation einstellen und davon ausgehen, dass der Migrationsdruck nachhaltig sehr stark bleibt und durch die jetztige Aufnahmebereitschaft noch verstärkt wird. Gleichzeitig steigt das Bewusstsein in Deutschland, dass die Bewältigung der Herausforderungen im Zusammenhang mit der dramatisch alternden Bevölkerung ein gewisses Ausmaß an Zuwanderung erfordert. Deutschland wird vermutlich auf Dauer immer mehr Zuwanderer aufnehmen, um sein demographisches Defizit zu kompensieren.

Kriegsflüchtlinge verlassen ihr Land oft mit dem Ansinnen, wieder dorthin zurückzukehren, wenn die Lage sich normalisiert. Die Erfahrung mit früheren Flüchtlingswellen in Deutschland – z.B. aus dem Balkan – oder in anderen Ländern – z.B. vietnamesische Kriegsflüchtlinge in den USA – zeigen jedoch, dass ein hoher prozentualer Anteil der aus humanitären Gründen aufgenommenen Menschen zumindest mittelfristig in Deutschland bleibt und hier auch eine Arbeit aufnimmt (vgl. Angrist und Kugler 2003; Parsons und Vezina 2014). Daher ist Migration, wenn sie auch aus humanitären Gründen erfolgt und zugelassen wird, immer auch Einwanderung in den Arbeitsmarkt.

## Wer sind die neuen Einwanderer?

Zu den in diesem Jahr in Deutschland vom Innenministerium erwarteten

<sup>1</sup> Vgl. Weltbank, Health Nutrition and Population Statistics: Population Estimates and Projections, Stand: 4. September 2015.

800 000 Flüchtlingen gibt es wenig Informationen (vgl. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 2015). Gemäß einer Analyse des Sachverständigenrates deutscher Stiftungen für Integration und Migration (2015) liegt der Anteil junger Menschen (jünger als 25 Jahre) unter den Asylbewerbern im Jahr 2014 bei etwa 54% und ist damit mehr als doppelt so hoch wie unter den Einheimischen. Die Flüchtlinge sind überwiegend männlich, vor allem wenn sie aus Bürgerkriegsgebieten kommen. Über die Bildung der Flüchtlinge gibt es keine umfassenden Daten. Allerdings kann man einen Blick in die Herkunftsländer werfen. Daten der UNESCO zeigen z.B., dass der Anteil der Hochschulabsolventen in der syrischen Erwerbsbevölkerung bei 6,2% liegt; im Irak oder in Afghanistan ist der Anteil ähnlich niedrig. Gemäß Informationen der Weltbank liegt der Anteil der Analphabeten in Syrien unter den über 15-Jährigen im Jahr 2012 bei etwa 15%; unter den 15- bis 24-Jährigen, die das Gros der Einwanderer ausmachen, liegt ihr Anteil bei 5%. Unter den Irakern und Afghanen ist der Anteil der Analphabeten deutlich höher. Natürlich sind die Flüchtlinge, die in Deutschland ankommen, keine zufällig aus den Herkunftsländern selektierte Gruppe; ihr Bildungsstand kann sich deutlich von den Durchschnittsdaten im Herkunftsland unterscheiden. Dazu kommt, dass Bildungsabschlüsse aus Afrika oder dem Nahen Osten nicht ohne weiteres mit deutschen Abschlüssen vergleichbar sind. Klar ist auch, dass sich die Geschlechts-, Bildungs- und Altersstruktur von Kriegsflüchtlingen systematisch von Wirtschaftsflüchtlingen (aus sicheren Herkunftsländern) und von Einwanderern aus der EU unterscheidet.

### Die Kosten der Flüchtlingskrise

Ohne Arbeitserlaubnis dürfen Flüchtlinge nicht arbeiten und keine Ausbildung machen. Für Asylsuchende und Geduldete ist die Arbeit in den ersten drei Monaten ihres Aufenthalts ganz verboten (vgl. Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz 1929). Auch danach haben sie nur schlechte Chancen auf einen Job, weil es »bevorrechtigte Arbeitnehmer« gibt. Dies sind Deutsche, aber auch EU-Ausländer oder anerkannte Flüchtlinge. Nach 15 Monaten Aufenthalt in Deutschland dürfen Asylbewerber und geduldete Flüchtlinge – ohne die oben beschriebenen Einschränkungen – arbeiten. Das heißt, dass Flüchtlinge in aller Regel nicht oder nur zu einem späten Zeitpunkt zur Finanzierung ihres Lebensunterhalts beitragen können. Sie sind daher auf staatliche Zuwendungen angewiesen.

Laut Asylbewerberleistungsgesetz erhalten Flüchtlinge in Deutschland für einen Zeitraum von bis zu drei Monaten Grundleistungen des täglichen Bedarfs an Ernährung, Unterkunft (Erstaufnahmeeinrichtung), Heizung, Kleidung, Gesundheits- und Körperpflege sowie Haushaltsgütern in Form von Sachleistungen (vgl. Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz 1993). Die Sachleistungen sind dabei von den Bundesländern zu erbringen, die meisten Länder haben diese Aufgabe den Kommunen übertragen. Die Finanzierung der Leistungen variiert von Land zu Land erheblich. In einigen Ländern erhalten die Kommunen eine Pauschale für die Unterbringung und Versorgung der Flüchtlinge. So beträgt diese Pauschale in Baden-Württemberg beispielsweise aktuell 13 260 Euro pro Person pro Jahr, in Berlin 12 000 pro Person pro Jahr (vgl. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* 2015).

Nach Informationen aus den Kommunen decken diese Pauschalen aber nicht alle Ausgaben; sie stellen daher untere Grenzen für die gesamte fiskalische Belastung dar. Außerdem werden laut Asylbewerberleistungsgesetz 143 Euro im Monat zur Deckung persönlicher Bedürfnisse an alleinstehende Flüchtlinge ausgezahlt (vgl. Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz 2015). Lebenspartner, Jugendliche und Kinder erhalten einen entsprechend kleineren Betrag. Bedarf für Bildung und Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben wird gesondert berücksichtigt.

Nach dem Verlassen einer Erstaufnahmeeinrichtung hat ein alleinstehender Asylbewerber Anspruch auf bis zu 359 Euro pro Monat (Lebenspartner, Jugendliche und Kinder im gleichen Haushalt entsprechend weniger). Die Bedarfssätze orientieren sich dabei an jenen für Arbeitslosengeld II und

**Tab. 1**  
**Flüchtlinge und ihre Herkunftsländer**

	Flüchtlinge 1/2014–7/2015		Anerkennungs- quote**	Anteil Hoch- qualifizierte im Herkunfts- land***
	Anzahl*	%		
Syrien	81 432	22	100	6,2
Albanien	37 218	10	3	12,9
Kosovo	36 905	10	0	18,5
Serbien	28 814	8	0	18,5
Afghanistan	19 306	5	67	5,5
Eritrea	18 169	5	98	2,0
Irak	15 846	4	87	9,5
Mazedonien	11 128	3		12,2
Nigeria	7 621	2	29	1,7
Pakistan	7 829	2	27	7,6
Andere	104 527	28		
Summe/ Durchschnitt	368 795	100	46	9

Quelle: \* Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF), \*\* United Nations High Commissioner for Refugees (UNHCR) (Kosovo und Serbien nicht einzeln verfügbar, Mazedonien nicht verfügbar), \*\*\* United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization (UNESCO), Weltbank, Barro-Lee Educational Attainment Data, 2009–2012 (Kosovo und Serbien ebenfalls nicht einzeln verfügbar).

Sozialhilfe, liegen aber teilweise darunter (vgl. *Spiegel Online* 2015). Die Kosten für die nun selbst zu suchende Unterkunft werden zusätzlich im Rahmen der Hartz-IV-Mietobergrenze der entsprechenden Kommune übernommen. Der Wert des Wohngeldes liegt im Bundesdurchschnitt in einer ähnlichen Größenordnung. Hinzu kommt die freie Krankenversicherung, deren Wert mit 200 bis 300 Euro zu veranschlagen ist.

Nimmt man an, dass die Kosten der Versorgung außerhalb von Erstaufnahmeeinrichtungen nicht systematisch von jenen in den Einrichtungen abweichen, dann belaufen sich die Kosten für die staatlichen Haushalte bei erwarteten 800 000 Flüchtlinge in Deutschland in diesem Jahr auf ca. 9,5–10,5 Mrd. Euro (vgl. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* 2015). Das sind circa 3% des Bundeshaushaltes, der im Jahr 2015 Einnahmen von ca. 302 Mrd. Euro vorsieht. Die EU-Kommission (2015) hat angekündigt, an Mitgliedstaaten, die im Rahmen des vereinbarten Quotensystems Asylbewerber aufnehmen, pro Person und Jahr 6 000 Euro zu zahlen. Dies würde die Kosten allerdings nur geringfügig reduzieren (186 Mio. Euro), wenn man von einer gegebenen Zahl von Asylbewerbern ausgeht. Wenn es aber darum geht, mit dem Quotensystem die Länder Italien, Ungarn und Malta zu entlasten, indem dort ankommende Flüchtlinge auf andere Länder, so auch Deutschland, verteilt werden, dann würden Deutschland 31 000 weitere Personen zugewiesen werden. Da die eingeplanten 6 000 Euro pro Person allenfalls die Hälfte der Ausgaben in Deutschland abdecken, bedeutet diese Maßnahme keine Entlastung Deutschlands, sondern eine weitere Belastung.

### Sorgen der Bevölkerung

Bei anhaltender Zuwanderung sind die oben genannten Kosten der Einwanderung für die öffentlichen Haushalte nicht dauerhaft verkraftbar, vor allem, wenn eine weniger vorteilhafte konjunkturelle Entwicklung die Kassen belastet. Daher müssen die Migranten selber durch Erwerbstätigkeit zumindest einen großen Teil zur Finanzierung ihres Lebensunterhalts beitragen. Außerdem ist die Teilnahme am Arbeitsmarkt die wichtigste Bedingung einer erfolgreichen Integration in Deutschland. Nun stellt sich aber die Frage, welche Effekte eine starke Zunahme des Arbeitsangebotes von zumeist niedrig (oder inadäquat) qualifizierten Personen in Deutschland auf dem Arbeitsmarkt hat.

Umfragen belegen immer wieder aufs neue, dass sich die einheimischen Bevölkerungen vor stärkerem Wettbewerb auf dem Arbeitsmarkt, vor niedrigeren Löhnen und Jobverlust und vor den fiskalischen Kosten der Einwanderung fürchten. Diese Sorgen sind zwar oft übertrieben, gänzlich unberechtigt sind sie allerdings nicht. Es ist daher dringend notwendig, dass in Deutschland und der EU eine Diskussion darüber stattfindet, wie man die Arbeitsmarktinstitutionen

und sozialen Sicherungssysteme so gestalten kann, dass deutlich höhere Zuwanderungsraten der heimischen Bevölkerung keinen wirtschaftlichen Schaden zufügen.

Natürlich sollte Europa viel mehr tun, um die politische Situation in Afrika und im Nahen Osten zu stabilisieren und so die Flüchtlingsströme einzudämmen. Der Erfolg einer aktiveren europäischen Nachbarschaftspolitik ist aber mitnichten garantiert, und die bisherige wirtschaftliche Bilanz der EU-Mittelmeerstrategie lässt zu wünschen übrig. Die wirtschaftliche Aufnahmefähigkeit hierzulande muss steigen, um Deutschland auf die realistische Möglichkeit vorzubereiten, dass die Flüchtlingsströme auch in Zukunft hoch bleiben. Weil die Migranten relativ jung sind und Deutschland für die Stabilisierung des Rentensystems ohnehin höhere Einwanderungsraten braucht, müssen die Bedingungen geschaffen werden, Flüchtlinge erfolgreich in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Im Vergleich zu einer Situation, in der die Zuwanderer an der Arbeit gehindert werden, würden Deutschland und die Einwanderer profitieren.

### Zur ökonomischen Debatte: Gesamtheitliche Sicht gefragt

Die ökonomische Theorie hingegen betont typischerweise die Vorteile der Zuwanderung: Weil Immigranten im Ausmaß des Durchschnittsproduktes zur heimischen Produktion beitragen, aber nur mit dem niedrigen Grenzprodukt entlohnt werden, bleibt am Ende für die Einheimischen ein Gewinn. Dabei ist eigentlich unerheblich, ob die Migranten schlechter oder besser qualifiziert sind als die Einheimischen (vgl. Borjas 2003). Die klassische Theorie kommt auch zu sehr radikalen Schlussfolgerungen: Je stärker die Bildungsstruktur der Einwanderer von jener der Einheimischen abweicht, und je höher der Zustrom, umso stärker profitiert das Einwanderungsland. Dieses optimistische Bild beruht allerdings auf stark vereinfachenden Annahmen über den Arbeitsmarkt – Entlohnung zum Grenzprodukt, flexible Löhne, keine Arbeitslosigkeit – und sieht von Steuer- und Transfersystemen ab, die zwischen Gut- und Schlechtverdienern umverteilen. Das theoretische Argument, das für eine Welt ohne Staat abgeleitet wurde, ist daher nur bedingt als Orientierungskompass für Immigrationspolitik geeignet.

Wichtig ist nämlich auch die Frage, ob Immigration eine Nettobelastung oder einen Nettovorteil für die Staatsfinanzen darstellt. Sofern Deutschland einen Sozialstaat hat, der von besser qualifizierten zu schlechter qualifizierten Personen umverteilt, und die Zuwanderer unterdurchschnittlich qualifiziert sind, üben Immigranten eine negative fiskalische Externalität auf den Staat aus, kosten also den Staat mehr, als sie ihm bringen. Es ist schwer zu sagen, was der Nettoeffekt der fiskalischen Einflüsse auf der einen und der Arbeitmarkteffekt auf der anderen Seite ist; weiter unten prä-

**Kasten****Das Simulationsmodell**

In Battisti et al. (2014) präsentieren wir ein allgemeines Gleichgewichtsmodell einer stilisierten Ökonomie, mit dem Ziel, den Effekt von Migration auf die einheimische Wohlfahrt zu analysieren. Wir betrachten Migration als exogen gegeben. Das heißt, wir modellieren die individuelle Migrationsentscheidung nicht. Vielmehr interessieren wir uns für die Effekte der Migration auf dem Arbeitsmarkt und auf die realen Nettoeinkommen.

Um die Wirtschaftsleistung abzubilden, verwendet das Modell eine aggregierte Produktionsfunktion, in der Kapital und Arbeit mit unterschiedlichen Bildungsgraden kombiniert werden. Die Grenzproduktivität eines Arbeitnehmers hängt von der relativen Knappheit seines Bildungstypus in der Wirtschaft und von der Verfügbarkeit physischen Kapitals ab. Während wir auf den Produktmärkten perfekten Wettbewerb unterstellen, folgen wir bei der Modellierung des Arbeitsmarktes der »Search-and-matching«-Literatur. Demnach erwachsen den Unternehmen bei der Suche nach einem Arbeitnehmer Kosten, solange die Stelle nicht besetzt ist. Mit einer gewissen im Modell bestimmten Wahrscheinlichkeit bleiben freie Stellen unbesetzt, auch wenn es Arbeitssuchende gibt. Wenn eine Stelle besetzt wird, dann erfolgt die Lohnfindung in einem Verhandlungsprozess (»Nash-Bargaining«). In dieser Konstellation gibt es Arbeitslosigkeit im Gleichgewicht, und die Löhne entsprechen nicht dem Wertgrenzprodukt der Arbeit, wie das auf einem wettbewerblichen Arbeitsmarkt der Fall wäre.

Die Anzahl der Stellen, die Firmen schaffen wollen, hängt unter anderem von dem erwarteten Beitrag zum operativen Gewinn ab, den eine Firma durch die Beschäftigung eines Arbeitnehmers erhält. In unserem Rahmen ist es möglich, dass Immigranten und Einheimische sich in ihrer effektiven Verhandlungsmacht (»Outside-Option«) und ihren Trennungsraten unterscheiden. Das bedeutet, dass der Prozess der Schaffung freier Stellen von dem Anteil und von den Charakteristika der immigrierten Erwerbsbevölkerung beeinflusst wird. Arbeitnehmer erhalten Arbeitslosenzahlungen, während sie arbeitslos sind. Wenn sie Arbeit haben, zahlen sie Einkommensteuern, die von der Regierung für die Finanzierung von Arbeitslosengeldern und öffentlichen Gütern verwendet werden. Diese öffentlichen Güter sind rivalisierender Natur, so dass Zuwanderung stets eine Ausdehnung der Bereitstellung dieser Güter erfordert. Wir nehmen an, dass eine solche Ausdehnung auch möglich ist.

Obwohl das Modell eine Reihe vereinfachender Annahmen macht, ist seine Struktur flexibel genug, um verschiedene und realitätsnahe Wirkungskanäle abzubilden, durch die sich die Einwanderung auf die einheimische Wohlfahrt auswirken könnte.

Zunächst einmal beeinflusst eine gestiegene Migrationsrate die Einheimischen durch die Zusammensetzung des Humankapitals in der Erwerbsbevölkerung. Außerdem bestehen durch die Einwanderung Auswirkungen auf die Zahl der von den Unternehmen geschaffenen Stellen, da sich die erwarteten Gewinne für Unternehmen zwischen Immigranten und Einheimischen unterscheiden können. Diese Veränderungen wirken sich auf Arbeitslosenquote und Löhne aus. Abschließend beeinflusst die Immigration die einheimische Wohlfahrt durch ihren Effekt auf die Steuer- und Transfersysteme, z.B. ihre Effekte auf Steuerraten und Bereitstellung von öffentlichen Gütern. Der Nettoeffekt unserer quantitativen Analysen kombiniert die Effekte, die sich durch die oben beschriebenen Kanäle ergeben.

sentieren wir einen Versuch, den Nettoeffekt zu quantifizieren. Nur scheint es klar zu sein, dass die fiskalischen Effekte die Migration verzerren und gegenüber einer First-Best-Lösung ohne eine Regulierung zu viel Migration erzeugen. Für eine Diskussion dieser Themen vergleiche man z.B. Sinn et al. (2003), Boeri (2010), Dustmann und Frattini (2014), Bonin (2015), Bertola et al. (2015, S. 78–96). Eine Analyse der Immigration in einen Sozialstaat, in dem Lohnersatzleistungen eine wirksame Lohnuntergrenze für die Einheimischen erzeugen und der infolge dessen unter Arbeitslosigkeit leidet, liefern Sinn und Ochel (2003) und Sinn (2005).

Vielfach geht es in der Diskussion nicht um die Vorteile für Deutschland insgesamt, sondern um die Verteilungseffekte. Klar ist, dass jene Bevölkerungsgruppen von der Migration profitieren, die Komplemente der Arbeitsleistungen der Migranten anbieten, während jene, die Substitute anbieten, verlieren. Das dürften vor allem die Geringqualifizierten sein. In einem Überblicksartikel aus dem Jahr 2009 meint der Migrationsforscher Gordon Hanson allerdings, die volkswirtschaftliche Migrationsforschung sei geradezu besessen von der Frage, ob Einwanderung die Löhne bestimmter Berufsgruppen senkt oder nicht. Für eine ausgewogene Diskussion des Themas muss die klassische produktionsökonomische Analyse mit einer realistischen Betrachtung des Arbeitsmarktes und der fiskalischen Effekte der Einwanderung zusammengeführt werden.

Eine kleine Zahl von aktuellen Forschungspapieren, z.B. D'Amuri et al. (2010), hat begonnen, Arbeitsmarktfriktionen in der Analyse der Effekte von Immigration zu berücksichtigen. Diese stark empirisch geprägten Papiere modellieren allerdings den Suchprozess auf dem Arbeitsmarkt und die mikroökonomischen Determinanten der Arbeitslosigkeit nicht.

In einem aktuellen Arbeitspapier (Battisti et al. 2014), haben wir Lohnverhandlungen, Suchfriktionen und einen umverteilenden Sozialstaat in ein Modell eingefügt, in dem es wirtschaftliche Komplementaritätsbeziehungen zwischen Immigranten und Einheimischen in der Produktion geben kann. Mit anderen Worten, der klassische produktionsökonomische Kanal wurde in einen für EU-Staaten realistischeren Gesamtrahmen gestellt, in dem die Vorteilhaftigkeit von Einwanderung nicht von vorneherein feststeht.

Das Modell ermöglicht es, vier verschiedene Kanäle, über die Migration auf die einheimische Bevölkerung wirkt, simultan zu betrachten und die Effekte miteinander zu verrechnen. Zwei Kanäle laufen über den Arbeitsmarkt. Der traditionelle Komplementaritätsmechanismus zeigt, wie sich die relativen Löhne durch Veränderungen im relativen Angebot verschiedener Qualifikationstypen anpassen, wobei erstens die Löhne nicht auf einem wettbewerblichen Arbeitsmarkt entste-

**Tab. 2**  
**Migranten und Einheimische in 20 OECD-Ländern**

Variable	Ungewogener Durchschnitt	Deutschland	Höchster Wert (Land)	Niedrigster Wert (Land)
1 Anteil der Immigranten an der Erwerbsbevölkerung (%)	17,1	15,3	39,1 (Luxemburg)	9,9 (Portugal)
2 Anteil der Immigranten mit Hochschulbildung relativ zu dem Anteil der Einheimischen	0,99	0,73	1,63 (Kanada)	0,40 (Slowenien)
3 Durchschnittslohn niedrig-qualifizierter Immigranten relativ zu Einheimischen	0,86	0,88	0,99 (Kanada)	0,72 (Griechenland)
4 Durchschnittslohn hoch-qualifizierter Immigranten relativ zu Einheimischen	0,86	0,86	1,01 (Schweiz)	0,64 (Italien)
5 Arbeitslosenquote niedrig-qualifizierter Immigranten relativ zu Einheimischen	1,62	1,80	2,43 (Schweiz)	0,91 (USA)
6 Arbeitslosenquote hoch-qualifizierter Immigranten relativ zu Einheimischen	2,19	3,45	3,50 (Österreich)	1,14 (Portugal)
7 Lohnersatzrate bei Arbeitslosigkeit (%)	38,9	44,3	62,9 (Belgien)	21,9 (Griechenland)
8 Öffentliche Ausgaben als % des BIP	45,3	45,8	54,8 (Dänemark)	33,4 (Schweiz)

Zusammenfassende Statistiken beruhen auf einer Stichprobe von 20 OECD-Ländern im Jahr 2011. Die Zeilen 1 bis 6 setzen Kennzahlen von Einwandern mit jenen der einheimischen Bevölkerung in Beziehung. So bedeutet beispielsweise der Wert von 1,63 in Zeile 2, dass in Kanada der Anteil der Immigranten mit Hochschulbildung an der eingewanderten Erwerbsbevölkerung 1,63-mal höher ist als der Anteil der Einheimischen mit Hochschulbildung an der einheimischen Erwerbsbevölkerung. Der Wert von 0,64 in Zeile 4 besagt, dass der Durchschnittslohn unter Einwandern mit Hochschulbildung in Italien bei 64% des Wertes der Einheimischen liegt.

Quelle: Battisti et al. (2014).

hen, sondern verhandelt werden, und zweitens die Beschäftigung von qualifikationsspezifischen Arbeitslosenraten beeinflusst wird. Ein neuer sogenannter Job-Creation-Kanal beschreibt, wie sich die Anreize für Unternehmen, Arbeitsplätze bereitzustellen, verändert, wenn der Anteil an Migranten in der Arbeitsbevölkerung zunimmt.<sup>2</sup> Entscheidend hierfür ist die Höhe der Wertschöpfungsbeiträge, die beschäftigte Migranten bei den Unternehmen erwirtschaften. Die Umverteilungseffekte laufen ebenfalls über zwei Kanäle: erstens, über die Arbeitslosenversicherung und zweitens, über die Finanzierung öffentlicher Güter und Pauschaltransfers durch proportionale Besteuerung.

Wie diese Kanäle die realen Nettoarbeitseinkommen der einheimischen Bevölkerung beeinflussen, hängt maßgeblich von der Qualifikationsstruktur der Zuwanderung, von der Gestaltung der Arbeitsmarktinstitutionen und vom Umverteilungssystem ab. Um die quantitative Bedeutung dieser Einflussfaktoren zu verstehen, haben wir unser Modell so geeicht, dass es eine Reihe von wichtigen Kennzahlen repliziert, die wir für 20 OECD-Staaten beobachten. Wir verwenden das Modell, um zwei Gedankenexperimente durchzuführen: (i) Wie vergleichen sich die heimischen Nettoeinkommen im beobachteten Status quo mit einer hypothetischen (kontrafaktischen) Situation, in der es keine Einwanderung gibt? (ii) Und welchen Effekt hat die beobachtete Einwanderung der letzten zehn Jahre gehabt? Für diesen Bericht weisen wir die Ergebnisse eines dritten Experiments aus: Wenn die in Deutschland im Jahr 2015 ankommenden

Flüchtlinge sofort arbeiten dürften und selbst für ihren Lebensunterhalt aufkämen, welchen Effekt hätte dies auf die Nettoeinkommen der einheimischen Arbeitnehmer im Vergleich zu einer Situation, in der den Flüchtlingen die Aufnahme von Arbeit verweigert wird? Wir beantworten diese Frage mit einem sehr stilisierten Modell, das aufgrund seiner statischen Natur viele wichtige Kanäle unberücksichtigt lässt (z.B. auf das Rentensystem). Das Modell hat allerdings gerade dank seiner relativen Einfachheit den Vorteil, dass man die Effekte gleicher Szenarien in Ländern mit unterschiedlichen Arbeitsmarktinstitutionen vergleichen kann.

### Einheimische und eingewanderte Arbeitskräfte auf dem Arbeitsmarkt

Immigranten und einheimische Arbeitskräfte erzielen auf den Arbeitsmärkten häufig deutlich unterschiedliche Ergebnisse, auch wenn sie formal gleiche Qualifikationsniveaus aufweisen. Erstens werden Immigranten im Durchschnitt deutlich schlechter entlohnt als Einheimische mit der, gemessen an äußeren Kriterien, scheinbar gleichen Ausbildung. Zweitens haben sie typischerweise auch höhere Arbeitslosenquoten. Diese Umstände sind für die Analyse der wirtschaftlichen Effekte von Einwanderung von großer Bedeutung.

Zeilen 1 und 2 in Tabelle 2 illustrieren das Ausmaß der Heterogenität zwischen OECD-Ländern hinsichtlich der relativen Bedeutung von Einwanderung und der Qualifikationsstruktur. Zeilen 3 und 4 zeigen, dass – innerhalb von Qualifikationsgruppen – Einwanderer niedrigere Bruttolöhne er-

<sup>2</sup> Dieser Kanal wurde erstmals in einer Arbeit von Chassamboulli und Paliivos (2014) in die Migrationsforschung eingeführt.

halten als Einheimische. Außerdem sind, wie die Zeilen 5 und 6 zeigen, Einwanderer auch deutlich häufiger von Arbeitslosigkeit betroffen. Diese Unterschiede bedeuten, dass Migranten entweder eine niedrigere Produktivität aufweisen als Einheimische und daher schlechter bezahlt und weniger gerne eingestellt werden; oder dass sie schlechtere Verhandlungspositionen im Lohnfindungsprozess haben; oder dass sie mit einer höheren Wahrscheinlichkeit entlassen werden, wenn Firmen von negativen Schocks getroffen werden. Vermutlich spielen alle drei Erklärungen eine Rolle. Die Zeilen 7 und 8 belegen schließlich das große Ausmaß und die Heterogenität von Umverteilung von Reich zu Arm und von den Beschäftigten zu den Arbeitslosen in unserer Stichprobe von 20 Ländern.

Einheimische und Immigranten unterscheiden sich also, auch innerhalb von Qualifikationsgruppen. Diese Unterschiede werden von unserem Modell repliziert, d.h., sie werden nicht einfach unterstellt, sondern ergeben sich endogen im Gleichgewicht. Sie haben offensichtliche Auswirkungen auf die fiskalischen und arbeitsmarktökonomischen Auswirkungen der Immigration.

### **Immigration und die Schaffung von Arbeitsplätzen**

Jede Bereitstellung von Arbeitsplätzen erfordert eine vorgelagerte Investition; ohne diese Investitionen kommen keine Arbeitsverhältnisse zustande. Dies ist ein wichtiger und realistischer Bestandteil von suchtheoretischen Arbeitsmarktmodellen. Wenn Firmen bei der Ausschreibung von freien Arbeitsplätzen nicht zwischen Einheimischen und Einwanderern diskriminieren können (oder dürfen), aber bei den Lohnverhandlungen je nach Verhandlungsmacht der Arbeitnehmer unterschiedliche Löhne vereinbaren dürfen (wie dies auch in den Daten der Fall ist),<sup>3</sup> dann kann die Anwesenheit von Immigranten auf dem Arbeitsmarkt den zu erwartenden durchschnittlichen Vorteil einer gefüllten Vakanz erhöhen, weil der Deckungsbeitrag bei Beschäftigung eines Einwanderers wegen des niedrigeren Lohnes höher sein kann. Dies stellt einen Anreiz für Firmen dar, mehr freie Stellen zu schaffen, die aber auch von Einheimischen besetzt werden könnten. Das Umgekehrte passiert, wenn die Migranten eine niedrigere Produktivität (bei gleicher formaler Qualifikation) aufweisen als die Einheimischen oder wenn Arbeitsbeziehungen mit Migranten mit höherer Wahrscheinlichkeit in Brüche gehen. Dann sinken die erwarteten durchschnittlichen Vorteile aus der Schaffung freier Stellen, und dies schadet auch den einheimi-

<sup>3</sup> Im Bereich der tariflichen Lohnvereinbarungen in Deutschland sind Löhne stellenspezifisch zu definieren; eine offene Diskriminierung zwischen Migranten und Einheimischen ist nicht möglich. Einwanderer können allerdings unter ihrem Qualifikationsniveau eingestellt werden; sie können bei Beförderungen benachteiligt werden oder geringere Sonderzahlungen erhalten.

schen Arbeitnehmern. Welcher dieser Kanäle dominiert hängt von ihrer relativen Stärke ab. Mit Hilfe einer sorgfältigen Kalibrierung unseres theoretischen Modelles können wir den Nettoeffekt simulieren.

Wir kalibrieren das Modell, in dem wir für jedes unserer 20 Länder die Parametrisierung so wählen, dass das Modell genau jene empirischen Momente repliziert, die wir in Tabelle 2 dargestellt haben. Daneben repliziert das Modell auch die länderspezifischen Daten zum durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommen und zur durchschnittlichen Dauer von Beschäftigungsverhältnissen für beide Qualifikationsgruppen (hoch- und niedrigqualifizierte Arbeitnehmer). Im Folgenden präsentieren wir Resultate für den Fall, dass sich die Produktivität der Einwanderer sich nicht von jener der Einheimischen unterscheidet. Battisti et al. (2014) berechnen, wie hoch Produktivitätsunterschiede sein dürfen, bevor der ökonomische Einkommensvorteil aus Einwanderung für die Einheimischen negativ wird.

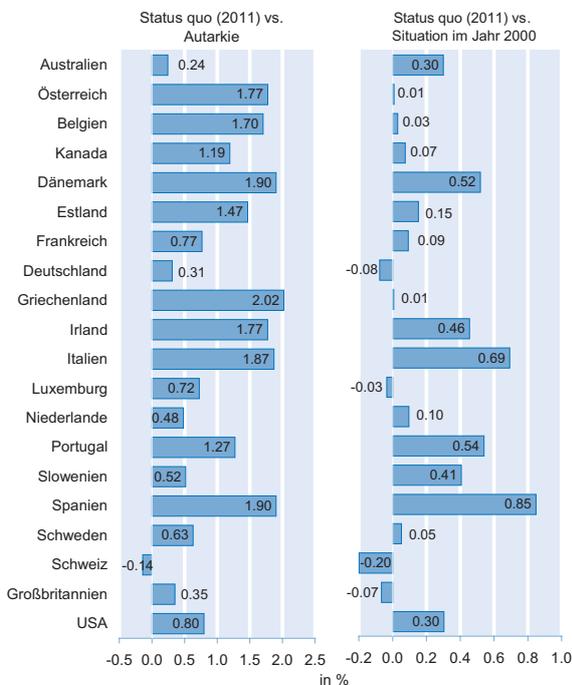
### **Die Effekte von historischer Einwanderung auf heimische Nettoeinkommen**

Abbildung 1 zeigt die Ergebnisse der ersten beiden Szenarien aus Battisti et al. (2014). Im ersten Szenario berechnen wir die Differenz der realen Nettoeinkommen zwischen dem Status quo, wie er im Jahr 2011 beobachtet wurde, und einer hypothetischen Situation, in der alles identisch ist, außer dass es keine Migranten gibt (geschlossene Grenzen). Unsere Ergebnisse zeigen, dass die Wohlfahrtseffekte der real stattgefundenen Migration in 19 von 20 Ländern positiv sind. In allen Ländern außer der Schweiz (wo der Effekt im Wesentlichen null ist) haben die einheimischen Arbeitnehmer im Durchschnitt von der Einwanderung profitiert. In einzelnen Fällen kann der Gewinn durchaus beträchtlich sein (bis zu 2% des Nettoeinkommens).

Im zweiten Szenario berechnen wir die Differenz der realen Nettoeinkommen zwischen dem beobachteten Status quo des Jahres 2011 und einer hypothetischen Situation, die sich vom Status quo nur dahingehend unterscheidet, dass der Anteil der Immigranten an der Erwerbsbevölkerung auf den Wert von 2000 fixiert wird. Wir finden einen positiven Gewinn durch Einwanderung seit 2000 in 16 Ländern. In den meisten ist er aber so gering, dass er nicht von null zu unterscheiden ist. Das gilt auch für Deutschland.

Battisti et al. (2014) zeigen, dass in 14 von 20 Fällen Einheimische beider Qualifikationsgruppen aufgrund der Einwanderung zwischen 2000 und 2011 höhere Nettoeinkommen haben. Das könnte im klassischen Modell nicht passieren: Dort müsste immer eine Qualifikationsgruppe verlieren. Sogar bereits im Land befindliche Einwanderer profitieren in unserem Modell. Im klassischen Modell ist dies

**Abb. 1**  
**Veränderung der heimischen Nettorealeinkommen im Vergleich zum Status quo mit hypothetischen Alternativszenarien**



Quelle: Battisti et al. (2014, Tab. 7).

extrem unwahrscheinlich, weil neue Einwanderer mit hoher Wahrscheinlichkeit Substitute für bereits im Land befindliche Migranten sein dürften. Der Grund für diese etwas überraschenden Resultate liegt in den veränderten Anreizen zur Schaffung von freien Stellen. Wie schon Borjas (2001) beschrieben hat, können Einwanderer die »Räder der Arbeitsmärkte schmieren«, weil die Profitabilität besetzter Stellen steigt und die Unternehmen daher neue Stellen schaffen, was auch den Einheimischen und vor längerer Zeit eingewanderten Arbeitnehmern nutzt. Dieser Kanal würde durch einen bindenden gesetzlichen Mindestlohn außer Kraft gesetzt. Wenn Unternehmen höhere Löhne zahlen müssen, als jene, die sich aufgrund der Produktivität der Immigranten und der Marktsituation in der Verhandlungslösung ergeben, senkt die Einwanderung die Anreize zur Schaffung freier Stellen, und die Arbeitslosigkeit steigt. Die klassischen Komplementaritätsgewinne würden bei einer solchen Konstellation entfallen, und die fiskalischen Kosten der Umverteilung für die Einheimischen würden steigen.

### Die wirtschaftlichen Effekte der Flüchtlingswelle

Die Bundesregierung rechnet im laufenden Jahr mit circa 800 000 Asylbewerbern. Hinzu könnten wieder wie schon im Jahr 2014 um die 400 000 normale Immigranten kommen. Nicht alle Asylbewerber werden einen Aufenthaltstitel

in Deutschland erhalten; und nicht alle werden auf den Arbeitsmarkt drängen (Kinder, viele Frauen, Alte). Auch die Qualifikationsstruktur dieser Menschen ist noch nicht klar. Dennoch kann man das Modell von Battisti et al. (2014) verwenden, um Gedankenexperimente durchzuführen. Was wäre, wenn die Hälfte der Asylbewerber als niedrigqualifizierte Arbeitnehmer auf den deutschen Arbeitsmarkt käme? Dies entspräche einer Erhöhung der Erwerbsbevölkerung in Deutschland um 0,95%.

Tabelle 3 zeigt die Vorhersagen des Modells: Aus dem unterstellten Szenario resultieren – nach Berücksichtigung der Effekte auf die Arbeitslosigkeit und auf die öffentlichen Kassen – minimale gesamtwirtschaftliche Kosten von 0,01%; das entspricht bei einem BIP von 2 916 Mrd. Euro im Jahr 2014 einer Summe von 292 Mio. Euro. Im Vergleich zu den direkten fiskalischen Kosten der Versorgung der Flüchtlinge (10 Mrd. Euro) ist dies eine beinahe vernachlässigbare Zahl. Niedrigqualifizierte deutsche Arbeitnehmer würden leicht verlieren (– 0,1%); hochqualifizierte würden etwas deutlicher gewinnen (+ 0,19%). Insgesamt sind die Effekte aber überschaubar. Jedoch sollte auf die von uns gemachten Annahmen hingewiesen werden, dass jene 400 000 Einwanderer, die in unserem Szenario nicht erwerbstätig sind, von ihren Familien und nicht vom deutschen Staat versorgt werden, und dass die für das Jahr 2011 kalibrierte Modellökonomie keine Mindestlöhne aufweist. Der Anfang 2015 eingeführte Mindestlohn in Deutschland könnte das Bild jedoch trüben. Wenn die neuen Einwanderer keine Arbeit finden, dann würde der gesamtwirtschaftliche Effekt deutlich negativ werden, sowohl für niedrigqualifizierte Einheimische, die durch höhere fiskalische Kosten belastet würden, als auch für die hochqualifizierten, die neben den fiskalischen Kosten auch durch den Wegfall der Komplementaritätseffekte schlechter gestellt würden.

Unterstellt man, dass ein Teil der Einwanderer auf dem deutschen Arbeitsmarkt für hochqualifizierte Jobs in Frage kommen und approximiert man diesen Anteil mit den in Tabelle 1 gezeigten Daten, dann verbessert sich das Bild für Deutschland leicht. Die Verteilungswirkung, dass nämlich niedrigqualifizierte Deutsche im Gegensatz zu hochqualifizierten von der Einwanderungswelle eher nicht profitieren, bleibt jedoch erhalten.

Tabelle 3 zeigt außerdem, dass dieselbe Erhöhung der Erwerbsbevölkerung um 0,95% durch ausschließlich niedrigqualifizierte Einwanderer in keinem Land zu starken Durchschnittseffekten führen würde. Deutschland scheint aber nicht das Land zu sein, in dem die ökonomischen Effekte eines solchen Szenarios am positivsten ausfallen. Die USA würden stärker profitieren; ebenso Länder mit gegenwärtig relativ geringen Beständen von Einwanderern (z.B. Estland) und/oder

**Tab. 3**  
**Effekte auf die einheimischen Nettoeinkommen in Folge eines Anstieges der Erwerbsbevölkerung um 0,95%**  
 (in %)

Szenario	Alle Einwanderer sind niedrigqualifiziert			Qualifikationsstruktur der Einwanderer entspricht jener im Ursprungsland*		
	Durchschnitt	Niedrigqualifizierte	Hochqualifizierte	Durchschnitt	Niedrigqualifizierte	Hochqualifizierte
Australien	-0,02	-0,14	0,21	-0,01	-0,09	0,15
Österreich	-0,02	-0,07	0,18	-0,01	-0,02	0,07
Belgien	-0,04	-0,14	0,14	-0,02	-0,08	0,10
Kanada	-0,03	-0,11	0,20	0,00	-0,05	0,13
Dänemark	0,01	-0,08	0,20	0,03	-0,03	0,15
Estland	0,01	-0,10	0,20	0,02	-0,05	0,15
Frankreich	0,02	-0,07	0,19	0,03	-0,02	0,15
<b>Deutschland</b>	<b>-0,01</b>	<b>-0,10</b>	<b>0,19</b>	<b>0,00</b>	<b>-0,05</b>	<b>0,12</b>
Griechenland	0,08	0,00	0,28	0,12	0,06	0,24
Irland	-0,04	-0,17	0,15	-0,02	-0,11	0,12
Italien	0,08	0,04	0,30	0,11	0,09	0,19
Luxemburg	-0,04	-0,15	0,12	-0,03	-0,11	0,08
Niederlande	-0,02	-0,12	0,17	-0,01	-0,07	0,12
Portugal	0,01	-0,06	0,25	0,07	0,03	0,18
Slowenien	0,03	-0,06	0,25	0,04	-0,01	0,16
Spanien	0,01	-0,11	0,20	0,03	-0,05	0,16
Schweden	-0,02	-0,11	0,15	-0,01	-0,07	0,10
Schweiz	-0,03	-0,16	0,19	-0,03	-0,11	0,12
Großbritannien	-0,02	-0,18	0,19	0,00	-0,12	0,15
USA	0,02	-0,11	0,23	0,05	-0,05	0,18
Mittelwert	0,00	-0,10	0,20	0,02	-0,05	0,14
Median	-0,02	-0,11	0,20	0,00	-0,05	0,15

\* Die Qualifikationsstruktur der Zuwanderer entspricht jener, die in den zehn für Deutschland wichtigsten Herkunftsländern beobachtet wird; vgl. Tab. 1.

Quelle: Berechnungen der Autoren auf Basis des Modelles von Battisti et al. (2014).

Arbeitsmärkten, die so konfiguriert sind, dass ihre Effizienz durch Einwanderung steigen könnte (z.B. Frankreich).<sup>4</sup>

### Zur Rolle von Arbeitsmarktinstitutionen und Sozialstaat

In Battisti et al. (2014) untersuchen wir, welche Rolle verschiedene Ländercharakteristika für die Effekte der Einwanderung auf die realen Nettoeinkommen der Einheimischen haben. Wir simulieren eine einprozentige Erhöhung des Bestandes eingewanderter Arbeitskräfte, wobei wir die Qualifikationsstruktur zum Status quo konstant halten. Wir führen diese Berechnungen 10 000 Mal durch, wobei wir jeweils neue »Momente«, das sind Kennzahlen, wie wir sie in Tabelle 2 beschreiben, aus der empirisch beobachtbaren Verteilung ziehen. Wir kalibrieren das Modell mit diesen so generierten Momenten und berechnen die interessierenden Variablen. Schließlich verwenden wir ein lineares Regressionsmodell, um die einzelnen Bestimmungsgründe der Nettoeinkommensveränderungen zu verstehen.

Im Kontext der Flüchtlingskrise sind folgende Ergebnisse von Bedeutung: Die einheimische Bevölkerung profitiert um-

so eher von Einwanderung, je niedriger der Bestand an schon im Land befindlichen Immigranten und je höher der Anteil der Hochqualifizierten an den neuen Arbeitskräften ist. Die deutsche Politik kann an diesen Bestimmungsgrößen allerdings kaum etwas ändern. Andere Determinanten sind indes durchaus gestaltbar: Die Analyse zeigt, dass hohe Arbeitslosenquoten von Einwanderern mit Belastungen für die Einheimischen einhergehen; dasselbe gilt für allzu großzügige fiskalische Umverteilung. Niedrige Löhne für Einwanderer sind für die einheimische Bevölkerung allerdings kein Problem, im Gegenteil: Wenn Firmen erwarten, dass die Arbeitskosten sinken, schaffen sie mehr Jobs, und davon profitieren auch die Einheimischen.

Wenn Mindestlohn und Hartz-IV-Regelsätze nicht abgesenkt oder gar weiter erhöht werden sollten, dann könnte es schwer werden, die hohe Zahl von niedrigqualifizierten Einwanderern in den deutschen Arbeitsmarkt zu integrieren und so aus der Fürsorge des deutschen Steuerzahlers zumindest teilweise zu entlassen.

### Schlussfolgerungen

Unsere Analyse zeigt, dass Einwanderung in Arbeitsmärkte, die von Sucharbeitslosigkeit und Lohnverhandlungen ge-

<sup>4</sup> Unsere Berechnungen beziehen sich auf die Situation von 2000–2011; die Wanderungsbewegungen, die die Eurokrise von der europäischen Peripherie nach Deutschland verursacht, sind daher nicht erfasst.

kennzeichnet sind, die Arbeitsmarktergebnisse für Einheimische nicht verschlechtern müssen. Im Gegenteil, Einwanderung kann die Anreize der Firmen, freie Stellen zu schaffen, verstärken. Dieser positive Effekt ist allerdings bedroht, wenn die Arbeitslosenquote der Immigranten zu hoch ist oder wenn zu viele von ihnen niedrigqualifiziert sind. Politikmaßnahmen, die zu einer hohen Beschäftigungsquote von Migranten führen, sind daher auch für einheimische Arbeitnehmer vorteilhaft. Maßnahmen, die zu einer Erhöhung der Löhne von Immigranten führen, schaden den Einheimischen aber eher.

Die beschriebenen Studienergebnisse enthalten einige wichtige Botschaften für die breitere Diskussion zum Thema Einwanderung in Europa. Erstens sind arbeitslose Immigranten mit Sicherheit eine Belastung für den Arbeitsmarkt, die Sozialsysteme und letztlich für die einheimische Bevölkerung. Daher ist es von großer Bedeutung, dass Immigranten möglichst rasch arbeiten dürfen und auch Beschäftigung finden. Außerdem ist hinlänglich bekannt, dass auch die soziale Integration über eine Beschäftigung im Zielland läuft. Zweitens sind niedrigqualifizierte ausländische Arbeitskräfte zwar eher eine Belastung für die öffentlichen Kassen als hochqualifizierte, sie können aber trotzdem zu einer Zunahme der durchschnittlichen einheimischen Nettoeinkommen führen, wenn die Komplementaritäts- und Arbeitsplatzschaffungseffekte auf dem Arbeitsmarkt stark genug sind. Auch dafür sind Institutionen, die Beschäftigung fördern, von größter Bedeutung. Drittens verringern großzügige Umverteilungssysteme – z.B. durch direkte Transfers von Gutverdienenden zu Geringverdienenden oder über den Weg öffentlicher Güter mit Clubcharakter – die ökonomischen Vorteile der Zuwanderung für die heimischen Arbeitnehmer.

Ein wichtiger Mechanismus, der in unserem Modell nicht quantifiziert ist, bezieht sich auf die Tatsache, dass Immigranten deutlich jünger sind als die einheimische Bevölkerung. Die Zuwanderung solcher Personen kann die Bürde leichter machen, die durch die Alterung der Gesellschaft entsteht. Ohne Einwanderung würden immer kleiner werdende Kohorten von Arbeitnehmern immer höhere Beiträge für die Finanzierung von Renten, Gesundheitsversorgung und Altenheime leisten müssen. Doch auch für einen erfolgreichen Beitrag der Migration in diesem Bereich ist es von zentraler Bedeutung, dass die Einwanderer rasch in gute Arbeit kommen.

## Literatur

- Angrist, J. und A. Kugler (2003), »Protective or Counter-Productive: Labor Market Institutions and the Effects of Immigration on EU Natives«, *Economic Journal* 113, F302–F331.
- Battisti, M., G. Felbermayr, G. Peri und P. Poutvaara (2014), »Immigration, Search, and Redistribution: A Quantitative Assessment of Native Welfare«, NBER Working Paper No. 20131.
- Bertola, G., J. Driffill, H. James, H.-W. Sinn, J.-E. Sturm und Á. Valentinyi (2015), *EEAG Report on the European Economy 2015, Blurring the Borders*, CESifo Group, München.
- Boeri, T. (2010), »Immigration to the Land of Redistribution«, *Economica* 77(308), 651–687.
- Bonin, H. (2015), Langfristige fiskalische Erträge künftiger Zuwanderungen nach Deutschland, *Wirtschaftsdienst* 95(4), 262–268.
- Borjas, G.J. (2001), »Does Immigration Grease the Wheels of the Labor Market?«, *Brookings Papers on Economic Activity* 32(1), Economic Studies Program, The Brookings Institution, 69–134.
- Borjas, G.J. (2003), »The Labor Demand Curve is Downward Sloping: Reexamining the Impact of Immigration on the Labor Market«, *The Quarterly Journal of Economics* 118(4), 1335–1374.
- Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) (2015), »Prognoseschreiben zur Zahl der im Verteilungssystem EASY registrierten Personen nach § 44 Abs. 2 AsylVfG«, verfügbar unter: [http://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Downloads/Infothek/DasBAMF/2015-08-20-prognoseschreiben-asylantraege.pdf;jsessionid=22B91846B89FB04786E-57F5A3D37354F.1\\_cid294?\\_\\_blob=publicationFile](http://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Downloads/Infothek/DasBAMF/2015-08-20-prognoseschreiben-asylantraege.pdf;jsessionid=22B91846B89FB04786E-57F5A3D37354F.1_cid294?__blob=publicationFile), aufgerufen am 14. September 2015.
- Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (1992), *Asylverfahrensgesetz (AsylVfG)*, verfügbar unter: [http://www.gesetze-im-internet.de/bundesrecht/asylvfg\\_1992/gesamt.pdf](http://www.gesetze-im-internet.de/bundesrecht/asylvfg_1992/gesamt.pdf), aufgerufen am 14. September 2015.
- Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (1993), *Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG)*, verfügbar unter: <http://www.gesetze-im-internet.de/bundesrecht/asylblg/gesamt.pdf>, aufgerufen am 14. September 2015.
- Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (2015), *Bekanntmachung über die Höhe der Leistungssätze nach § 14 des Asylbewerberleistungsgesetzes für die Zeit ab 1. März 2015*, verfügbar unter [http://www.gesetze-im-internet.de/bundesrecht/asylblg\\_14bek/gesamt.pdf](http://www.gesetze-im-internet.de/bundesrecht/asylblg_14bek/gesamt.pdf), aufgerufen am 14. September 2015.
- Chassamboulli, A. und T. Palivos (2014), »A Search-Equilibrium Approach to the Effects of Immigration on Labor Market Outcomes«, *International Economic Review* 55, 111–129.
- D’Amuri, F., G. Ottaviano und G. Peri (2010), »The Labor Market Impact of Immigration in Western Germany in the 1990s«, *European Economic Review* 54(4), 550–570.
- Dustmann, C. und T. Frattini (2014), »The Fiscal Effects of Immigration to the UK«, *Economic Journal* 124(580), F593–F643.
- Europäische Kommission (2015), »Flüchtlingskrise: die Europäische Kommission handelt – Fragen und Antworten«, verfügbar unter [http://europa.eu/rapid/press-release\\_MEMO-15-5597\\_de.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_MEMO-15-5597_de.htm), aufgerufen am 14. September 2015.
- Frankfurter Allgemeine Zeitung* (2015), »Asylbewerber kosten bis zu 10 Milliarden Euro«, verfügbar unter: <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wirtschaftspolitik/asylbewerber-kosten-bis-zu-10-milliarden-euro-13758770.html>, aufgerufen am 14. September 2015.
- Hanson, G.H. (2009), »The Economic Consequences of the International Migration of Labor«, *Annual Review of Economics* 1(1), 179–208.
- Klingholz, R., und S. Sievert (2015), »Krise an Europas Südgrenze: Welche Faktoren steuern heute und morgen die Migration über das Mittelmeer?«, Discussion Paper 16, Berlin Institut für Bevölkerung und Entwicklung.
- Parsons, C. und P.-L. Vézina (2014), »Migrant Networks and Trade: The Vietnamese Boat People as a Natural Experiment«, Working Paper, Universität Oxford.
- Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (2015), *Junge Flüchtlinge: Aufnahme und Potenziale für das Aufnahme-land*, verfügbar unter <http://www.svr-migration.de/wp-content/>

uploads/2015/07/Kurzinformation\_Junge-FI%C3%BCchtlinge\_SVR-FB\_WEB.pdf, aufgerufen am 14. September 2015.

Sinn, H.-W. (2005), »Migration and Social Replacement Incomes. How to Protect Low-income Workers in the Industrialized Countries against the Forces of Globalization and Market Integration«, *International Tax and Public Finance* 12, 375–393.

Sinn, H.-W., G. Flaig, M. Werding, S. Munz, N. Düll und H. Hofmann (2003), *EU Enlargement and Labour Mobility – Consequences for Labour Markets and Redistribution by the State in Germany*, CESifo Research Reports 2, ifo Institut, München.

Sinn, H.-W. und W. Ochel (2003), »Social Union, Convergence and Migration«, *Journal of Common Market Studies* 41, 869–896.

*Spiegel Online* (2015), »Asylbewerber in Deutschland: Taschengeld für Flüchtlinge – die Fakten«, verfügbar unter <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinge-in-deutschland-antworten-zum-taschengeld-a-1048432.html>, aufgerufen am 14. September 2015.